Wirtschaftliche Einheit Europas?

Autor(en): **Derkow, W.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **41 (1949)**

Heft 4

PDF erstellt am: **28.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-353384

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Wirtschaftliche Einheit Europas?

Der alte Kontinent, von den Nachwirkungen zweier furchtbarer Kriege noch schwer mitgenommen, liegt in Wehen. Immerhin dürfte die Geburt einer politischen Föderation, sei es nun aller oder nur der westeuropäischen Staaten, noch einige Zeit auf sich warten lassen, trotz guten Willens innerhalb und kräftiger Nachhilfe von aussen. Völker wie Staatsmänner lernen oft nur sehr langsam, müssen erst durch die manchmal harte Schule der Erfahrung gehen, ehe sie schliesslich einen unvermeidbar gewordenen Schritt tun. Hoffentlich bedarf es nicht erst eines dritten Krieges, um endlich das zusammenzuschweissen, was organisch längst zusammengehört — und dann noch etwa übrig geblieben ist.

Tendenzen, die in Richtung auf die Schaffung eines solchen längst überfälligen « Grossraums » deuten, sind klar erkennbar, durch die Notzeit der letzten Jahre sogar wesentlich verstärkt worden. Bevor es zu den ersehnten Vereinigten Staaten von Europa kommt, werden wir jedoch noch einige Stadien durchlaufen und wahrscheinlich auch noch einige bittere Erfahrungen sammeln müssen. Die retardierenden Kräfte jener überkommenen und überholten Einrichtung aus einer längst verklungenen feudalen Zeit, die wir mit Nationalstaat bezeichnen, hat sich leider bisher stets als stärker erwiesen. Immerhin setzt sich, wenn auch peinlich langsam, die Erkenntnis durch, dass wir in Europa am Scheideweg stehen. Das Problem der Neuordnung des Kontinents ist zu einer kategorischen Existenzfrage geworden. Der englische Ministerpräsident Attlee führte schon einmal während des Krieges aus: « Europa muss sich einigen oder untergehen. » Die düsteren Prophezeiungen eines Oswald Spengler erscheinen heute in einem andern neuen Licht.

Die Geschichte lehrt uns, dass jedem politischen Zusammenschluss — auf nationaler wie auf überstaatlicher Basis — die wirtschaftliche Vereinheitlichung vorzugehen pflegte. Wir brauchen nur an die Beispiele des Norddeutschen Bundes oder der Benelux zu denken, um die Richtigkeit dieser Erkenntnis zu prüfen. Machen wir uns nun diesen Grundsatz zu eigen, dann ergibt sich zwangsläufig und sofort die Frage: Welche Möglichkeiten und Aussichten eröffnen sich, um die Idee einer europäischen Wirtschaftseinheit in die Tat umzusetzen? Die Realisierung eines solchen Planes hängt im wesentlichen ab vom Umfang der zur Verfügung stehenden technischen Hilfsmittel und ihrer Standorte. Mit andern Worten, mit welchem Produktionspotential kann man für die Schlüsselindustrien jetzt oder in absehbarer Zeit rechnen, wie ist dasselbe gegen-

wärtig verteilt, oder wie kann es künftig verlagert werden? Mit Nachstehendem soll daher versucht werden, in groben Zügen die Situation zu umreissen, der sich die vier wichtigsten Wirtschaftszweige, die Versorgung mit Kraft, Stahl, Kohle und Nahrungsmitteln gegenübersehen.

Kaum ein anderer Industriezweig hat in den letzten zwei Jahrzehnten eine derartige Ausweitung erfahren wie die *Stromversorgung*. Hätte der Krieg nicht die Entwicklung des Bauprogramms unterbrochen, würde sie heute um wenigstens 50 Prozent grösser sein als im Jahre 1938. Das durch den Krieg sogar verschärfte Ansteigen des Verbrauchs bei gleichbleibenden oder durch Zerstörung sogar teilweise reduzierten Kraftquellen, macht überall zum Teil recht erhebliche Verbrauchsbeschränkungen für Wirtschaft und Haushalt notwendig. Die weit verbreitete, aber ebenso irrige Auffassung zu diesem Problem ist, dass es nur weniger Monate, im Höchstfalle ein bis zweier Jahre bedürfe, um durch Aus- und Neubau von Kraftwerken diese Lücke zu schliessen. Die Wirklichkeit sieht leider nicht so hoffnungsvoll aus. Die für die nächsten fünf Jahre geplante Steigerung der Kapazität wird auf etwa 10 Prozent im Durchschnitt veranschlagt. Während jedoch vor dem Kriege der jährliche Stromverbrauch um ungefähr 7 Prozent stieg, hat er sich seitdem mehr als verdoppelt. Das bedeutet, dass die Knappheit, wenn auch allmählich vermindert, so doch noch einige Zeit anhalten wird. Neben der Dringlichkeitsfrage muss das Konstruktions- und Bauprogramm ausserdem berücksichtigen, welche Kraftquellen am besten, das heisst am leichtesten und rentabelsten, nutzbar gemacht werden können. Im Untertagbau geförderte Hartkohle muss sowohl wegen der Preisgestaltung wie wegen der unzureichenden und noch ständig zurückgehenden Förderung — gar nicht zu reden von unvorhergesehenen Unterbrechungen wie dem französischen Grubenarbeiterstreik — ausfallen. Dagegen stehen Braunkohle und Wasser als Kraftquellen in reichem Masse zur Verfügung. Die Braunkohlenvorkommen am Niederrhein zum Beispiel haben schon lange, besonders seit Stinnes und Goldenberg in den zwanziger Jahren, das sogenannte Kölner Becken zu einer der Hauptenergiequellen Westeuropas gemacht. Deutsche Fachleute haben kürzlich berechnet, dass aus der dort abbauwürdigen Braunkohle für wenigstens weitere 50 Jahre je 20 Milliarden kW Strom gewonnen werden könnten, was eine Verdoppelung der gegenwärtigen Kapazität darstellen würde. (Die Verwertung der Braunkohle muss an Ort und Stelle erfolgen, weil ihr niedriger Heizwert und die hohen Transportkosten ihre anderweitige Verwendung unrentabel machen würden.) Andere Projekte für Wasserkraft, in Erwägung oder bereits in teilweiser Durchführung begriffen, sind am Oberrhein (8 Stationen zwischen Basel und Strassburg, davon eine bei Kembs bereits im Dienst, mit insgesamt 4,25 Milliarden kW), an der Rhone

(21 neue Stationen, zu den bereits operierenden 3, mit insgesamt 12 Milliarden kW), in den österreichischen Alpen (Vorarlberg und Westtirol mit 4 Milliarden kw); Italien hat einen Zehnjahresplan, der nach Fertigstellung seinen Beitrag zur europäischen Stromversorgung um etwa 11 Milliarden kW heben dürfte. Die Schweiz hat 5 neue grosse Projekte in Vorbereitung, mit einer Leistung von insgesamt annähernd 2 Milliarden kW. Damit wären dann etwa zwei Drittel des Wasserkraftpotentials dieses Landes ausgenutzt. Die skandinavischen Länder und Grossbritannien planen einen Ausbau ihrer Kraftquellen um je 9, bzw. 13 Milliarden kW. Das gesamte Vorhaben aller europäischen Länder sieht jedenfalls eine Ausweitung der Stromversorgung um einige 60 Milliarden kW vor. Völlig unberücksichtigt bei allen diesen Projekten musste bisher ganz Osteuropa bleiben, vor allem das grosse, bisher nahezu unangetastete Potential der Donau, deren Entwicklung durch politische Schwierigkeiten aufgehalten wird.

Das Komitee für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa hat sich auch eingehend mit der Frage der Stromversorgung befasst und ist dabei, trotz optimistischster Beurteilung, zu dem Resultat gekommen, dass eine merkliche Besserung vor dem Jahre 1951 überhaupt nicht zu erwarten sei, wenn nicht sofort tatkräftig durchgegriffen würde. Es empfahl aus diesem Grunde die beschleunigte Inangriffnahme von 9 Projekten, 3 davon auf Braunkohle basierend, in Italien, Frankreich, der Schweiz, Oesterreich und Deutschland, auf Grund internationaler Zusammenarbeit. Es mag in diesem Zusammenhang hier nur erwähnt werden, dass sich die Techniker — leider nicht auch die Politiker — schon seit Jahren mit dem Gedanken eines zwischenstaatlichen Stromausgleichs tragen. Einer Verwirklichung stehen jedoch sowohl materielle wie politische Schwierigkeiten entgegen. Beispielsweise ist Brauweiler bei Köln schon heute das Hauptschaltwerk der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke, von dem aus sowohl Frankreich wie die Benelux-Länder beliefert werden und nach dem Kriege, als vorübergehende Ausnahmeerscheinung, wurde sogar Westdeutschland von dort versorgt. Dieses Netz wurde noch während der Kriegsbesetzung stark ausgebaut und ist weitgehend erhalten geblieben. Die Ueberlandleitungen, die die österreichischen Illwerke mit süddeutschen Kraftzentralen verbinden, haben ebenfalls sowohl den Anschluss wie den Zusammenbruch überdauert. Ihre Koordinierung mit dem westdeutschen und darüber hinaus mit dem westeuropäischen Stromversorgungsnetz gehört durchaus in den Bereich des Möglichen. Obwohl also die organisatorischen Grundlagen vorhanden sind, ist die praktische Durchführung, wenigstens gegenwärtig, noch recht schwierig. Die elektrische Schwerindustrie (Generatoren-, Dynamo- und Transformerbau) ist nicht einmal in der Lage, den zurzeit arbeitenden Kraftwerken genügend Material für Instandhaltung und

Ersatz zur Verfügung zu stellen. Es ist bezeichnend, dass selbst die Errichtung neuer Kühltürme für das bekannte Goldenbergwerk schon als eine bemerkenswerte Leistung angesehen wird. Wie angesichts dieser angespannten Situation die nationalen Konkurrenzschwierigkeiten überwunden und auf die wichtigsten Projekte konzentriert werden können, bleibt vorerst noch unerfindlich. Ein Musterbeispiel dafür ist die Behandlung der deutschen Stahlindustrie. Gewisse heute besonders knappe Stahlsorten bilden das unentbehrliche Ausgangsprodukt für den gesamten elektrotechnischen Grossmaschinenbau. Er stagniert überall entweder wegen der überhaupt ausfallenden (deutschen) Produktion oder zu langfristiger Lieferzeiten, und damit bleibt eines der beachtlichsten Potentiale ungenutzt. Gerade zu diesem Punkt wird später noch einiges zu sagen sein.

Die Notwendigkeit, den vom Krieg zerschlagenen Kontinent mit *Brennstoff und Heizmaterial* zu versorgen, bildete bis vor kurzem das bei weitem dringlichste und alles überschattende Problem. Es ist noch nicht gelöst. Der europäische Kohlenhandel der Vorkriegszeit konnte noch nicht wieder hergestellt werden. Während der ersten drei Nachkriegsjahre sind die einstigen Hauptversorger Europas — England und die Ruhr — so gut wie ausgefallen. Als vorübergehende Notmassnahme hat sich Amerika bemüht, die fühlbarsten Lücken zu füllen, so gut es ging. Die Einfuhr amerikanischer Kohle nach Europa stieg demzufolge von 6 Millionen Tonnen im Jahre 1945 auf beinahe das Dreifache, genau 17 Millionen Tonnen im Jahre 1946 und auf etwa das gleiche Quantum im ersten Halbjahr 1947. Der ausserordentlich harte Winter 1946/47 brachte den bis dahin bescheidenen englischen Kohlenexport völlig zum Stillstand. Zeitweilig musste sogar amerikanische Kohle nach England eingeführt und somit die Ironie des Sprichwortes, « Kohlen nach Newcastle zu bringen », wahr gemacht werden. Obwohl im Sommer des gleichen Jahres die Kohleneinfuhr von den USA nach Europa auf etwa 3½ Millionen Tonnen im Monatsdurchschnitt gestiegen war — der gesamte Jahresexport belief sich auf 37 Millionen Tonnen — konnte der wachsende Bedarf nicht im entferntesten gedeckt werden. Die Unhaltbarkeit der ganzen Situation wurde damit drastisch klargemacht. Die während der letzten zehn Vorkriegsjahre langsam abfallende europäische Kohlenproduktion musste nicht nur wieder auf den Stand von 1938 gebracht, sondern beträchtlich darüber hinaus gehoben werden. Die am Marshall-Plan beteiligten Länder, einschliesslich Westdeutschlands, haben im Jahre 1947 nur rund 471 Millionen Tonnen Braun- und Hartkohle verbraucht, etwa 80 Millionen Tonnen weniger als im Jahre 1938. Der Bedarf für das laufende Jahr wird auf 535 (die Förderung auf 477) und für die drei folgenden Jahre auf 562 (512), bzw. 594 (552) und 620 (589) Millionen Tonnen geschätzt. Da angesichts der politischen Entwicklung mit den vorgesehenen

Kohlenimporten aus Osteuropa (im wesentlichen aus Polen) kaum zu rechnen ist, dürfte also ein jährliches Defizit von 58, 50, 42 und 37 Millionen Tonnen wahrscheinlich sein. Jede unvorhergesehene und nicht einkalkulierte Störung, wie etwa der französische Grubenarbeiterstreik, der dem Lande und damit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa mehrere Millionen Tonnen gekostet hat, droht den rechnerisch mühsam gehaltenen Ausgleich erneut illusorisch zu machen. Er muss aber aus eigenen Kräften geschaffen werden, da zum Beispiel Kohlenankäufe in den Vereinigten Staaten auf 15 Millionen Tonnen für das laufende Jahr beschränkt worden sind. An sich und normale Handelsbeziehungen vorausgesetzt, könnte Polen erheblich dazu beitragen, die Lücke in der europäischen Brennstoffversorgung zu schliessen. Seine Vorkriegsförderung (unter Einschluss der jetzt mitverwalteten deutsch-oberschlesischen Gruben) betrug 70 Millionen Tonnen. Die Förderung dürfte, nach den bisher bekannt gewordenen Resultaten, in diesem Jahr noch etwa 5 Prozent darunter bleiben, soll aber in den nächsten Jahren um je 5 Millionen Tonnen gesteigert werden. Etwa ein Drittel der gegenwärtigen Förderung wurde bisher exportiert, im Jahre 1947 zum Beispiel zu annähernd gleichen Teilen in die russische Einflußsphäre (9,3 Millionen Tonnen) und nach Westeuropa (7,8 Millionen Tonnen). Alle Hoffnungen der europäischen Wirtschaftskommission, diese Ausfuhr zu halten oder gar zu steigern, erscheinen angesichts der verschärften politischen Spannungen mehr als optimistisch. Selbst diese Annahme einmal als realistisch unterstellt, bedeutet sie immer noch einen fühlbaren Ausfall an Gaskohle für die Metallverarbeitung, da sich die polnische Kohle schlecht zum Verkoken eignet. Die europäische Wirtschaftkommission hat (rein buchmässig) errechnet, dass für das Jahr 1948/49 rund 43 Millionen Tonnen Gaskohle zur Verfügung stehen sollten, eine Steigerung um beinahe einen Drittel gegenüber dem Vorjahr. Diese Besserung ginge und würde auch in Zukunft weitgehend auf Konto der gesteigerten Ruhrproduktion gehen. Die Förderung hat sich dort besonders seit der Währungsreform unerhört schnell gehoben und bereits 300 000 Tonnen im Wochendurchschnitt überschritten. Das gesteckte Ziel für das Jahr 1948 mit 83 Millionen Tonnen dürfte von der tatsächlichen Förderung beachtlich überholt werden, obwohl es bereits um 15 Millionen Tonnen über dem Vorjahre liegt. Hier, wie in der Stahlproduktion, auf die wir noch zu sprechen kommen, zeigt sich bereits heute, dass man die Leistungsfähigkeit und den Leistungswillen Deutschlands erheblich unterschätzt hat. Man wird gut daran tun, das weise zu nutzen, da, wie sich allenthalben zeigt, ohne den vollen Einsatz des deutschen Industriepotentials der europäische Wiederaufbau nicht schnell und nicht wirksam genug betrieben werden kann. Der von den Kommunisten inszenierte Kohlenstreik in

Frankreich mit seinen katastrophalen Rückwirkungen, die bereits jetzt erkennbar sind, erscheint im Gesamtbilde um so bedenklicher, wenn man berücksichtigt, dass die englische Lieferungsquote an die Marshall-Plan-Länder für das nächste Jahr mit 14 Millionen Tonnen beinahe verdoppelt werden soll. Selbst wenn dieses Ziel unter grössten Anstrengungen erreicht werden kann, was angesichts der augenblicklichen Führungskrise im Bergarbeiterverband und ihren möglichen Folgen nicht sicher ist, reicht es nicht aus, die in Frankreich aufgerissene Lücke zu füllen, von anderen, auf Kohle basierenden Produktionssteigerungen ganz zu schweigen.

Eine der Hauptursachen für den langsamen Wiedergesundungsprozess der europäischen Wirtschaft bildet der immer noch alles lähmende *Stahlmangel.* Gegenüber der Kohle, die bis vor kurzem den ersten Rang einnahm und es vielleicht angesichts der erwähnten Spannungen auch bald wieder tun dürfte, stellt der Stahl heute das vordringlichste Bedürfnis dar. Ein Anzeichen für beginnende Besserung ist die allmählich erkennbare Tendenz, dass der ursprünglich *absolute* nun einem *qualitativen* Mangel Platz macht. Die immer noch stark fühlbare Knappheit beruht einerseits auf dem verstärkten Verbrauch, der durch die diversen Aufrüstungsprogramme noch verschärft werden dürfte, und anderseits auf den noch nahezu völligen Ausfall des einstigen grössten europäischen Stahlproduzenten Deutschland. Im Jahr 1938 hatte zum Beispiel Deutschland allein 21 von insgesamt 45 Millionen Tonnen Rohstahl erzeugt, gegenüber jetzt 6 von 31 Millionen Tonnen. Die langfristige Neuplanung der europäischen Stahlindustrie zielte bisher darauf ab, die verschwundene (oder besser nur unterdrückte) deutsche Kapazität durch erhöhte Produktion in den anderen Ländern zu kompensieren. Das ist jedoch leichter gesagt als getan. Die europäische Stahlbewirtschaftung leidet nicht nur unter einem effektiven Rückgang der Erzeugung, sondern auch unter einer starken Verzerrung der Produktion. Aus strategischen und politischen Erwägungen ist während des Krieges die alte Struktur weitgehend verändert worden. Teilweise sind neue Verfahren und neue Stahltypen entwickelt worden, teilweise konnten alte Anlagen unter dem Druck der Situation weder ausreichend instand gehalten noch technisch verbessert werden. Die an der Pariser Planung beteiligten Länder legten daher verständlicherweise das Schwergewicht nicht nur auf Ausweitung, sondern auch auf Vervollkommnung ihrer Stahlgewinnungsanlagen. Man hoffte mit einer jährlichen Einfuhr von wenigstens 2 Millionen Tonnen Rohstahl und grösserer Mengen von Schrott aus Amerika das Programm zum schnellen Anlaufen zu bringen. Hier zeigte sich jedoch sehr bald ein schwerer Kalkulationsfehler. Die Vereinigten Staaten erklärten, dass sie keinesfalls jährlich mehr als eine halbe Million Tonnen Rohstahl liefern könnten und darüber hinaus selbst als (valuta- und zah-

lungskräftiger) Käufer für europäischen Schrott auftreten würden. Diese Ankündigung zwang zu einer Revision des gesamten Planes. Die einzelnen nationalen Vorhaben zusammengenommen stellen trotzdem eine gewaltige Anstrengung, sowohl kapitalmässig wie auch technisch, dar.

So beabsichtigt England, nach seinem bereits um 25 Prozent erhöhten Voranschlag, rund 200 Millionen Pfund Sterling zu investieren und damit unter anderem 24 neue Hochöfen mit einer Kapazität von nahezu 6 Millionen Tonnen zu errichten, was einer Ausweitung der Erzeugung um etwa 40 Prozent gleichkäme. Selbst wenn der in Aussicht genommene Abbruch veralteter Anlagen verwirklicht werden sollte, entspräche das Programm immer noch einer Steigerung um etwa 2 Millionen Tonnen jährlich. Mit der Neukonstruktion gehen technische Verbesserungen Hand in Hand. Bei der Aufbereitung von Stahl sollen zum Beispiel pro Tonne verarbeitetes Roheisen 6 Zentner Koks eingespart werden. Im übrigen muss man abwarten, zu welchen endgültigen Massnahmen sich die (noch private, in Kürze jedoch staatliche) Stahlindustrie entschliessen wird.

Das bei weitem anspruchsvollste und daher wahrscheinlich am wenigsten durchführbare Programm hat sich Frankreich gesteckt. Mit einem Kostenaufwand von rund 1 Milliarde Dollar soll innerhalb von vier Jahren die Stahlerzeugung auf 15 Millionen Tonnen gebracht, d. h. nahezu verdreifacht werden. Im Gegensatz zu den Engländern haben sich die Franzosen bereits dafür entschieden, ihre veralteten Anlagen weiter arbeiten zu lassen, da sie immerhin jährlich 2 Millionen Tonnen Stahl liefern. Der vielbesprochene Monnet-Plan basiert auf einer fundamentalen Verlagerung der europäischen Wirtschaftsgeographie und läuft im wesentlichen auf eine starke Drosselung der deutschen Kapazität hinaus. Er beruht unter anderem auf der ökonomischen Misskonzeption, dass künftig der Ruhrkoks zum lothringischen Eisen gebracht werden müsse. Schon aus Gründen der Rentabilität, aber auch aus anderen wirtschaftlichen Erwägungen ist diese These auf die Dauer unhaltbar, und die Erkenntnis dessen beginnt sich langsam, wenn auch noch nicht in Frankreich, durchzusetzen. Besonders Amerika scheint gewillt zu sein, die verbliebene deutsche Kapazität für den Wiederaufbau voll auszunützen, und dürfte mit diesem Standpunkt, unterstützt von der wirtschaftlichen Notwendigkeit, wohl auch durchdringen. Von den übrigen europäischen Ländern hoffen Belgien, Luxemburg und Italien bis zum Jahre 1951 ihre alte Vorkriegskapazität um 20 Prozent überschritten zu haben, während sie noch im vergangenen Jahr um annähernd die gleiche Menge für Belgien und Luxemburg und um 50 Prozent für Italien darunter lagen. Eine wünschenswerte, schnellere Ausweitung der Stahlproduktion scheitert vorerst noch an der unzureichenden Versorgung mit Erzen. Die

Hoffnung auf verstärkte Einfuhr von hochwertigen schwedischen Erzen ist nicht sehr gross, da Schweden selbst sich mit der Absicht trägt, seine eigene Stahlproduktion auf über 2 Millionen Tonnen jährlich zu verdoppeln. Aehnliche Pläne werden in Oesterreich erwogen.

Die so umstrittene Frage der deutschen Reparationsleistungen wird von diesen Dingen nicht betroffen. Die potentiellen Empfänger haben sie wegen der unsicheren Erzbelieferung nicht miteinkalkuliert. Von aller wirtschaftlichen Vernunft einmal abgesehen, wird auch die politische Problematik wohl am besten durch das folgende Beispiel erläutert. Die demontierten Walzwerke in Dinslaken und Essen-Borbeck sind nach Russland gegangen, ohne dass man auch nur irgendetwas über ihre dortige Leistung oder Verwendung gehört hätte. Der schon bisher recht zögernde Abbruchprozess ist inzwischen, besonders auf amerikanische Intervention hin, völlig zum Stillstand gekommen. Man hat anscheinend erkannt, dass in Deutschland leistungsfähige Werke nach Demontage, Abtransport und Wiederaufbau in anderen Ländern weit weniger Nutzwert haben mögen. Diese Ansicht findet Unterstützung in der Entwicklung der allerletzten Zeit. Obwohl noch etwa ein Drittel der deutschen Stahlwerke ausser Aktion ist, hat sich die Erzeugung der arbeitenden Werke in den letzten sechs Monaten beinahe verdoppelt. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, dass die geplante Jahresproduktion von 5¾ Millionen Tonnen weit überschritten wird und man für 1949 mit wenigstens 9 Millionen Tonnen rechnen kann. Deutsche Fachleute behaupten sogar, dass — freie Entwicklungsmöglichkeiten vorausgesetzt — auch dieses Maximum mit Leichtigkeit überboten werden könnte. Das eigentliche Problem liegt also weniger in einer Steigerung der Kapazität als in einer besseren, d. h. ökonomischeren Versorgung mit Rohstoffen. Sie zu erzielen, fordert dringend überstaatliche Planung und internationale Verständigung.

Bei allen diesen Aufbauplänen darf der Faktor *Arbeitskraft* nicht ausser acht gelassen werden. Ueber die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen darf die Versorgung der Menschen mit *Nahrungsmitteln* nicht vergessen werden. Auch sie bildet leider ein ernstes Problem. Schon vor Kriegsausbruch haben Westeuropa, unter Einschluss Englands, etwa 20 Prozent ihres Verbrauches einführen müssen. Nach Einstellung der Feindseligkeiten war die landwirtschaftliche Erzeugung verständlicherweise beträchtlich geringer. Sie hat auch heute den Vorkriegsstand noch nicht wieder erreicht. So ist zum Beispiel die bestellte Fläche um 8 Prozent und deren Ertrag, wegen der fehlenden Düngemittel, um über 10 Prozent geringer. Dem Nährwert nach berechnet, dürfte der gesamte Verbrauch an Nahrungsmitteln um etwa 20 Prozent unter dem Niveau des Jahres 1938 liegen. Der Bestand an Rindern

dürfte ungefähr auf der alten Höhe angelangt sein, während der an Schafen, Hühnern und Schweinen um 5 Prozent, bzw. 20 und 37 Prozent geringer ist. Demzufolge hat sich die Erzeugung von Milchprodukten um 30 Prozent, die von Fleisch und Eiern um je 35 Prozent gesenkt. An dieser Hinterlassenschaft des Krieges dürfte der Kontinent noch einige Zeit zu laborieren haben. Widrige Naturerscheinungen, wie der überaus harte Winter 1946/47 und die Dürre des darauf folgenden Sommers, haben nicht gerade zur Besserung beigetragen. Zwar dürfte die in diesem Jahr gesteigerte Anbaufläche die Situation etwas erleichtern, wenigstens soweit die menschliche Ernährung in Frage kommt, doch besteht nach wie vor ein fühlbarer Mangel an Futtermitteln, der wegen des noch weitgehend ausfallenden Imports aus Uebersee auch nicht so schnell zu beheben sein wird. Man hofft trotz alledem bis zum Jahre 1951 die gesamte Erzeugung an Nahrungs- und Futtermitteln im Durchschnitt um 10 Prozent über den Vorkriegsstand zu heben. Eine wesentliche Voraussetzung ist dabei, dass die Wiederaufnahme normaler ausgleichender Handelsbeziehungen zwischen West- und Osteuropa tatsächlich erreicht werden kann. Erscheinen diese heute schon fraglich, so ist das Problem, inwieweit Landreform und Industrialisierung in der russischen Einflusssphäre strukturelle Ausfallserscheinungen mit sich bringen, noch völlig offen. Ganz abgesehen von jenen äusseren Umständen, auf die die westeuropäische Planung im günstigsten Falle nur einen indirekten Einfluss haben kann, ist die rechtzeitige und genügende Bereitstellung, bzw. Beschaffung von drei Dingen unerlässliche Voraussetzung für das Gelingen des europäischen Hilfsplanes: die Versorgung mit Düngemitteln, mit landwirtschaftlichen Maschinen und mit Futtermitteln.

Der Verbrauch an *natürlichem Dünger* ist infolge des reduzierten Viehbestandes fast überall zurückgegangen, der an *Kunstdünger* dürfte etwa den Vorkriegsstand wieder erreicht haben. Soweit Kohle, Elektrizität und Werkanlagen dafür bereitgestellt werden können, wird eine Verdoppelung der gegenwärtigen Erzeugung bis zum Jahre 1951 angestrebt, um Europa wieder zum Grossexporteur von Kunstdünger zu machen. Bedauerlicherweise muss auch hier wieder die russische Zone Deutschlands (Leuna), die bis dahin einen nicht unwesentlichen Teil der Kapazität stellte, bis auf weiteres aus all diesen Kalkulationen ausgenommen werden. Selbst wenn trotz dieser Einschränkungen und Vorbehalte das gesteckte Ziel erreicht werden sollte, wird immer noch, infolge des ausfallenden Anteils Ostdeutschlands, eine fühlbare Lücke in der Versorgung mit Pottasche bleiben.

Soweit *landwirtschaftliche Maschinen* in Frage kommen, wird mit einer weiteren Steigerung der schon bisher bemerkenswerten Mechanisierung gerechnet. Im Jahre 1951 dürfte zum Beispiel der

Bedarf an Traktoren etwa das Dreifache des Vorkriegsstandes ausmachen. Nicht zuletzt ist der sich ständig verschärfende Mangel an Landarbeitern dafür verantwortlich. So wie die Dinge im Augenblick liegen, fällt die Hauptlast für Belieferung mit landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten auf England, das bisher als einziges Land einen beachtlichen Export auf diesem Gebiete aufzuweisen hat. Nach den ausgearbeiteten Plänen müsste es selbst noch im Jahre 1951 etwa zwei Drittel des anfallenden Bedarfs decken. Jede Einschränkung der Stahlerzeugung oder ihre anderweitige Verwendung müsste eine schwere Gefährdung für die Gesundung der europäischen Landwirtschaft darstellen.

Die weitere *Hebung der Viehzucht* hängt im wesentlichen von der ausreichenden Versorgung mit Futtermitteln ab, das heisst vor allem von der Einfuhr konzentrierten Kraftfutters, wie Oelkuchen usw., aus Uebersee. Das Internationale Amt für Ernährung und Landwirtschaft schätzt, dass im vergangenen Jahre nur 65 Prozent des benötigten Kraftfutters zur Verfügung standen und wenigstens ein Viertel an der gesamten Versorgung mit Futtermitteln fehlte. Der effektive Mangel an Brotgetreide, die demzufolge höhere Ausmahlungsquote der Mühlen und die Verwendung sonst als Futtermittel vorbehaltener Getreidesorten für menschliche Ernährung haben diese Krise beschleunigt und verschärft. Am schwersten davon betroffen wird die Rinder- und Schafzucht. Von den geplanten Verbesserungen im Anbau von Getreide und Hackfrüchten um wenigstens 10 Prozent bis zum Jahre 1951 dürfte im wesentlichen nur die Schweine- und Hühnerzucht profitieren.

Die Bilanz dieser kurzen Uebersicht ist, obwohl durchaus nicht hoffnungslos, so doch wenig erfreulich. In keinem der für die Wiedergesundung Europas wichtigsten vier Wirtschaftszweige sieht die Zukunft besonders rosig aus. Auf lange Sicht und für die ganze Welt sind die Perspektiven ebenso unerfreulich, wenn nicht gar bedrohlich, soweit die Ernährung in Frage kommt, doch kann aus Zeit- und Raummangel hier nicht näher darauf eingegangen werden. Um so notwendiger und dringlicher erscheinen auf diesem Hintergrund die beste Zusammenfassung und der zweckmässigste Einsatz aller zur Verfügung stehenden Mittel und Kräfte. Möge allen verantwortlichen Politikern die Erkenntnis wirtschaftlicher Vernunft rechtzeitig und eindringlich genug kommen, um das begonnene Aufbauwerk zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen.

W. Derkow, London.